

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	11
I. Verändertes Freizeitverhalten als Konfliktursache	11
II. Zur Bewährung des Polizei- und Ordnungsrechts in neuartigen Konfliktlagen	12
III. „Brüsseler Platz“ (Köln) und „Admiralbrücke“ (Berlin) – beliebte abendliche Treffpunkte und problematische nächtliche Lärmquellen	13
1. „Brüsseler Platz“ in Köln	14
2. „Admiralbrücke“ in Berlin-Kreuzberg	18
IV. Der Umgang mit Lärmbeeinträchtigungen als Abwägungsproblematik und Pflicht der Gefahrenabwehrbehörden	19
B. Rechtliche Würdigung	23
I. Geltung des allgemeinen Polizei- und Ordnungsrechts	23
1. „Polizeifestigkeit der Versammlung“	23
2. Geltung des Versammlungsrechts?	25
II. Bestehen einer Gefahrenlage	28
1. Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit	29
a) Beeinträchtigung von Individualrechtsgütern	30
aa) Gesundheit und körperliche Unversehrtheit	30
bb) Eigentum	33
b) Verstöße gegen die objektive Rechtsordnung	34
aa) Landesimmissionsschutzrechtliche Bestimmungen	34
bb) Kölner Stadtordnung	38
cc) Weitere öffentlich-rechtliche Vorschriften	39
2. Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung	40
3. Hinreichende Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts	40
4. Lärmbelästigung als allgemeines Lebensrisiko?	41

5. Ergebnis	42
III. Mögliche Maßnahmen	42
IV. Adressatenfragen	44
1. Die Gesamtheit der Personenansammlung als Adressat?	44
2. Individuelle Verhaltensverantwortlichkeit	45
a) „Kriterienleihe“ aus dem Zivil- und Strafrecht?	45
b) „Theorie (von) der unmittelbaren Verursachung“	48
c) „Theorie (von) der rechtswidrigen Verursachung“	51
d) Verhaltensverantwortlichkeit als Wertungsfrage	52
3. Zustandsverantwortlichkeit	58
4. Inanspruchnahme als „Nichtstörer“	58
5. Ergebnis	61
V. Anspruch auf gefahrenabwehrbehördliches Einschreiten?	61
1. Gefahrenabwehrbehörden und Opportunitätsprinzip	61
2. Rechtsgrundlage eines Anspruchs	62
a) Öffentlich-rechtlicher Abwehranspruch	62
b) Anspruch auf gefahrenabwehrbehördliches Einschreiten	63
3. Anspruchsvoraussetzungen	66
a) Pflicht der Gefahrenabwehrbehörde zum Tätigwerden	66
aa) Grundlagen	66
bb) Tatbestandliche Voraussetzungen einer gesetzlichen Ermächtigungs- grundlage	68
cc) Ermessensreduzierung „auf Null“	69
(1) Entschließungsermessen	69
(2) Handlungsauswahlermessen	78
(3) Störerauswahlermessen	80
b) Keine andere Schutzmöglichkeit	81
c) Möglichkeit und Zumutbarkeit behördlichen Handelns	81
4. Ergebnis	81
C. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse in Thesen	82

Literaturverzeichnis	84
Sachverzeichnis	92